



KOSOVOS HERAUSFORDERNDE MINDERHEIT

Trotz Milliardenhilfe ist Kosovo auch zehn Jahre nach seiner Unabhängigkeit das ärmste Land Europas und gilt noch immer als unfertiger Staat: Sowohl was seine internationale Akzeptanz als auch die vollständige Integration der serbischen Minderheit angeht.

Text: Dirk Auer, Pristina

Marko Bogdanović sitzt in einem Café an der Hauptstrasse von Gračanica. Vor ihm auf dem Tisch liegen zwei Handys: eines mit kosovarischer Vorwahl, das andere mit serbischer. Die beiden Anschlüsse sind ein Sinnbild für das Doppelleben, das die Serben im Kosovo führen. Gerade war der 40-jährige Polizist aus dem gegenüberliegenden Gebäude gekommen, der Polizeistation der «Republik Kosovo», wie unmissverständlich über dem Eingang steht. Aber wenn man ihn fragt, in welchem Land er lebt, muss er nicht lange nachdenken: «In Serbien», sagt er mit einer Bestimmtheit, die kaum einen Zweifel verrät. Doch auch auf seiner Uniform prangt das Staatswappen Kosovos. «Was sollen wir machen?», fragt er. «Wir müssen uns arrangieren.» Aber dass er deshalb Kosovo als Staat anerkennen würde, den Staat, dessen Uniform er trägt und von dem er sein Gehalt bezieht? Niemals!

In diesem seltsamen Zwiespalt leben praktisch alle der etwa 100 000 Serben, die nach Kriegsende 1999 im Kosovo geblieben sind – etwas weniger als die Hälfte wohnt im Norden des Landes an der Grenze zu Serbien, der Rest über das Land verteilt in sogenannten «Enklaven», umringt von der albanischen Bevölkerungsmehrheit. Mit etwa 10 000 Einwohnern ist Gračanica die grösste. Überall wird serbisch gesprochen, in den Cafés dröhnt serbische Musik. Und als vor zehn Jahren in der nur zehn Kilometer entfernten Hauptstadt Pristina die Unabhängigkeit gefeiert wurde,

war es in Gračanica ruhig geblieben – ein ganz normaler Tag, erinnert sich Marko Bogdanović.

Jüngster Staat Europas

Am 17. Februar dieses Jahres wurde wiederum gefeiert: der zehnte Jahrestag der Unabhängigkeit Kosovos. Doch die Bilanz der ehemaligen südserbischen Provinz ist für viele enttäuschend. Trotz Milliardenhilfen ist Kosovo das ärmste Land Europas, in dem Korruption und organisiertes Verbrechen gedeihen. Dazu kommt: Kosovo gilt noch immer als unfertiger Staat, sowohl was die vollständige Integration der serbischen Minderheit angeht, als auch in Hinblick auf seine internationale Akzeptanz. Bislang haben 114 von insgesamt 193 UN-Mitgliedsstaaten Kosovo als Staat anerkannt. Zu den Verweigerern gehören neben Serbien, Russland und China auch die fünf EU-Länder Spanien, Rumänien, die Slowakei, Griechenland und Zypern. Bis auf weiteres ist dadurch für Kosovo auch der Beitritt zu internationalen Organisationen wie die UNO und die OSZE versperrt.

Und doch hat sich im vergangenen Jahrzehnt in Kosovo auch für die Serben viel geändert. Um das zu unterstreichen, legt Marko Bogdanović seine beiden Personalausweise neben die beiden Handys. Alle Einwohner Gračanicas haben inzwischen neben ihrem serbischen auch einen kosovarischen Pass, sie sind damit offiziell Bürger Kosovos.

Mit rund 145 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist Pristina nicht nur die Hauptstadt der Republik Kosovo, sondern auch die grösste Stadt sowie kulturelles und wirtschaftliches Zentrum des Landes.

© Theodor Barth/lalif

ARMENHAUS EUROPAS

Zehn Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung ist für die albanische Bevölkerungsmehrheit die Bilanz vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht enttäuschend. Trotz Milliardenhilfen ist Kosovo das ärmste Land Europas. Je nach Zählweise sind zwischen 30 und 40 Prozent der Bevölkerung arbeitslos; unter Jugendlichen sind es über 50 Prozent. Auslandsinvestitionen sind verschwindend gering, weshalb einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren die Diaspora ist. Gut ein Drittel der Haushalte hält sich nur durch Überweisungen aus dem Ausland über Wasser. Zur wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit kommen Korruption und Vetternwirtschaft. Die Folge: ein massiver Vertrauensverlust in die politischen Institutionen, der zuletzt 2015 zu einer Ausreisewelle geführt hat, bei der innerhalb weniger Monate Zehntausende Kosovarinnen und Kosovaren fluchtartig das Land verliessen.



Ihre Autos fahren mit kosovarischen Kennzeichen, und der Bürgermeister Gračanica wurde durch kosovarische Kommunalwahlen bestimmt. Aber auch der serbische Staat ist immer noch vielfach präsent: Bogdanovićs Kinder, elf und zwölf Jahre alt, gehen in eine serbische Schule. Gelernt wird dort nach serbischen Lehrplänen, und die Lehrer erhalten ihr Gehalt direkt aus Belgrad. Das gilt auch für die Krankenstation und das Kulturzentrum. Und wenn Marko Bogdanović nach Dienstschluss nach Hause kommt, schaut er – natürlich – serbisches Fernsehen.

Offenes Geheimnis: zwei Gehälter

Die Doppelpräsenz zweier Staaten führt zu allerlei Absurditäten. So gibt es neben dem kosovarischen auch einen von Serbien eingesetzten Bürgermeister, es gibt zwei Strassenreinigungen und zwei Postämter. Will Marko Bogdanović

etwa einen Brief innerhalb Kosovos verschicken, geht er zur kosovarischen Post. Sollen hingegen die Verwandten in Serbien ein Paket erhalten, muss er zum wenige hundert Meter entfernten Postamt von Serbien. Denn weil Belgrad die Unabhängigkeit Kosovos nicht anerkennt, kann es aus serbischer Sicht auch keine kosovarischen Briefmarken geben. Und worüber Marko Bogdanović nicht gerne spricht, was aber ein offenes Geheimnis ist: Viele bekommen auch doppelte Gehälter, ein kosovarisches und eins aus Serbien. Durch die vielfältigen Zahlungen markiert Serbien auch weiterhin seinen Anspruch auf seine ehemals südserbische Provinz.

Für die lokale serbische Bevölkerung bedeutet das ein Leben zwischen den Stühlen. Sie sind zwar formal und auch sonst in vielerlei Hinsicht Bürger des neuen Staats Kosovo, aber ihr Blick bleibt auf Belgrad gerichtet. Mit dem kosovarischen Staat wollen sie so wenig

zu tun haben wie möglich. Das gilt noch mehr für Serben, die im Norden Kosovos leben. Dort, in vier Kleinstädten und ein paar Dutzend Dörfern, gibt es eine kompakte serbische Bevölkerungsmehrheit.

Die Grenze verläuft mitten durch die Stadt Mitrovica. Bis vor wenigen Jahren hatten die Nordkosovo-Serben noch jegliche Zusammenarbeit mit der Regierung in Pristina boykottiert. Aber auch hier hat sich die Situation geändert. Serbien will in die EU und hat auf Druck von Brüssel Gesprächen

Kosovarische Serben demonstrieren in der nordkosovarischen, ethnisch geteilten Stadt Mitrovica gegen die Unabhängigkeit Kosovos.

© Antonello Nusca/Polaris/laif

mit Pristina zugestimmt, um die wechselseitigen Beziehungen zu normalisieren. Die Implementierung eines 2013 zustande gekommenen Abkommens zur Integration der Nordkosovo-Serben verläuft jedoch schleppend; vieles, was vereinbart wurde, ist nach wie vor nicht umgesetzt.

«Leben wie im Ghetto»

«Wir sind ein Spielball der Politik», stellt Vlada Tomasević aus Gračanica fest, ein 27-jähriger Familienvater, der mit seinem Lohn von 250 Euro mehr schlecht als recht über die Runden kommt. Anders als im Norden sind die Serben in den südlichen Enklaven zwar nicht grundsätzlich gegen eine Zusammenarbeit mit den kosovarischen «Institutionen», wie man hier sagt, um die Wörter Regierung oder Staat zu vermeiden. Aber wie soll man auf Dauer mit der albanischen Bevölkerungsmehrheit zusammenleben, wenn man sich noch nicht einmal einig darüber ist, in welchem Staat man leben möchte? Wenn in den Schulen Serben und Albaner nach unterschiedlichen Lehrplänen unterrichtet werden – und die einen noch nicht einmal mehr die Sprache der anderen sprechen? Die Spaltung zwischen Serben und Albanern vertieft sich, auch wenn sich auf alltäglicher Ebene die Beziehungen eigentlich entspannt haben.

14 Jahre ist her, dass es zu pogrom-artigen Übergriffen von Kosovo-Albanern auf die ethnischen Minderheiten Kosovos kam, insbesondere auf Serben. Orthodoxe Kirchen und hunderte Häuser gingen in Flammen auf, 19 Menschen kamen ums Leben. Inzwischen kommt es nur noch ganz vereinzelt zu inter-ethnischen Zwischenfällen, bestätigt der Polizist Marko Bogdanović. Was aber auch daran liegt, dass man nur wenig miteinander zu tun hat. «Wir leben hier wie in einem Ghetto», klagt Vlada Tomasević. Er hat sich deshalb entschieden: Sobald seine Frau mit ihrem Studium in Mitrovica fertig ist, werden sie nach Serbien ziehen.

Bleiben oder gehen?

Am Abend geht er noch einmal zum kleinen Laden, der seine Siedlung am Rand von Gračanica mit dem Nötigsten versorgt. Davor steht ein Tisch, an dem Männer in Trainingsanzügen sitzen. Sie trinken Bier und rauchen. Bleiben oder gehen, das ist eine Frage, die jeden hier umtreibt. Mit Sorge verfolgen sie den Verlauf des Dialogs zwischen Belgrad und Pristina, durch den auch über ihre Zukunft entschieden wird. Die EU hat Serbien zu verstehen gegeben, dass am Ende eine rechtlich bindende Vereinbarung stehen muss, welche de facto die Anerkennung Kosovos bedeutet.

Ob «ihr» Präsident Aleksandar Vučić am Ende tatsächlich den Kosovo aufgeben wird, um Serbien den EU-Beitritt zu ermöglichen? Die Männer wiegen mit dem Kopf. «Niemals», sagt einer. Soviel Blut sei wegen Kosovo über die Jahrhunderte vergossen worden, kein serbischer Politiker könne diese historische Bürde auf sich nehmen. «Vučić wird uns für die EU opfern», glaubt dagegen Vlada Tomasević. Ein anderer entgegnet: «Wenn Serbien uns aufgibt, dann wird es irgendwann keine Serben mehr im Kosovo geben.» Für einen Moment herrscht Stille in der Runde. Das wichtigste seien doch Jobs, sagt ein junger Mann schliesslich nachdenklich. «Wenn die Menschen von ihrer Arbeit leben können, dann verlässt doch keiner so schnell seine Heimat.» Und da nicken dann auf einmal die meisten. ■

Dirk Auer ist freier Journalist für die Länder Südosteuropas mit Sitz in Belgrad.

KOSOVO IN KÜRZE

Hauptstadt

Pristina

Fläche

10877 km²

Einwohner

1,8 Millionen

Lebenserwartung

74,3 Jahre

Ethnien

Albaner 91%

Serben 4%

übrige Minderheiten 5% (Türken, Bosniaken, Roma, Goranen)

Religionen

Muslime 93%

Christen (serbisch-orthodox, römisch-katholisch) 6%

Andere 1%

Exportprodukte

Die Schwäche der kosovarischen Wirtschaft zeigt sich vor allem in ihrem massiven Handelsbilanzdefizit. Ausfuhren im Wert von ca. 380 Millionen Euro stehen Importe im Wert von ca. 3 Milliarden Euro gegenüber. Exportiert werden unverarbeitete Metalle, Mineralprodukte, Plastikwaren, Lebensmittel und Textilprodukte.

Wirtschaftszweige

Mit 66% macht der Dienstleistungssektor den Grossteil der Wirtschaftskraft aus. Danach folgt die Industrie (Metall, Bergbau, Baustoffe) mit ca. 22% und mit 12% die Landwirtschaft.

